

Kampf gegen politische Gegner Trumps brutaler Plan

Ein Gastbeitrag von Jan-Werner Müller

Viele Demokraten unterschätzen Donald Trump noch immer. Dabei ist klar: Er wird versuchen, die USA in ein autoritäres Regime umzubauen. Man kann sich ausmalen, was das bedeutet – und wer sich fürchten muss.

08.11.2024, 13.00 Uhr • aus [DER SPIEGEL 46/2024](#)

Es gibt sie immer noch zahlreich: Abwiegler, Beschwichtiger, Rechtspopulismusverstehler. Trump 2.0, so heißt es jetzt mancherorts, würde bestimmt nicht so schlimm werden, denn die erste Amtszeit sei doch am Ende auch glimpflich verlaufen. Eliten, die vom Sprechen und Schreiben lebten, würden die Rhetorik des ehemaligen Reality-TV-Stars stets überbewerten; laut einem fast schon geflügelten Wort des Trump-Sympathisanten und Silicon-Valley-Investors Peter Thiel solle man Trump nicht wörtlich, aber ernst nehmen. Und im Übrigen, so äußern sich auch jetzt wieder viele Kommentatoren, müsse man endlich damit aufhören, Trump-Wähler zu verunglimpfen oder irgendwie belehren zu wollen. Er artikuliere nun mal ihre wahren »Sorgen und Nöte«.

All dies sind eklatante politische Fehlurteile. Autokraten in spe werden das zweite Mal, wenn sie an die Schalthebel der Macht kommen, wirklich gefährlich. Die ersten Amtszeiten eines [Viktor Orbán](#) in [Ungarn](#) beispielsweise oder Jarosław Kaczyński in [Polen](#) liefen letztlich auch ohne besondere Vorkommnisse ab. Tag und Nacht mit Demokratie-Rettung beschäftigte Kritiker wurden der Hysterie bezichtigt. Beim zweiten Amtsantritt hatten Orbán und Kaczyński dazugelernt. Statt politisches Kapital auf Kulturkampf zu verschwenden, nahmen sie umgehend Institutionen in Beschlag: Sie ersetzten eine neutrale Beamtenschaft durch Parteisoldaten; Gerichte wurden der Regierung gefügig gemacht. Die Lektion ist simpel: Wenn man erst einmal Staat und insbesondere Justizapparat kontrolliert, kann man immer noch nach Herzenslust Kulturkampf betreiben; niemand wird einen aufhalten, wenn es endlich richtig gegen vermeintlich volksverratende linke Journalisten, Künstler und Professoren geht. Wobei es eleganter ist, gar nicht Individuen direkt anzugreifen, sondern Institutionen wie Universitäten einzuschüchtern und systematisch finanziell zu schwächen.

Eine loyale Staatsanwaltschaft sorgt zudem dafür, dass regimetreue Wirtschaftseliten sich ungeniert bereichern können. Diese sind dann wiederum damit zu Diensten, Medienunternehmen aufzukaufen und genehme Berichterstattung zu liefern. Schließlich dreht man noch ein wenig an den Stellschrauben des Wahlsystems, und die Macht ist langfristig gesichert. Alles ganz ohne Gewalt, die Beobachter sofort an die Diktaturen des 20. Jahrhunderts denken ließen, und – wenn man es wirklich geschickt anstellt – ganz ohne bei Urngängen etwas manipulieren zu müssen.

Als Trump 2016 die Wahl auch für ihn selbst überraschend gewann, war er in keiner Weise vorbereitet. Er musste sich rasch mit konventionell denkenden republikanischen Eliten arrangieren. Das Einzige, was sie im Kongress zustande brachten, war eine kräftige Steuersenkung für Superreiche. Acht Jahre später gibt es nicht nur eine fanatische MAGA-Bewegung (»Make America Great Again«); gut finanziert ist auch eine Infrastruktur von Jugendorganisationen – die vor allem bei jungen Männern Frauenfeindlichkeit zu

einer Art Lifestyle gemacht haben – und Denkfabriken: Trumpismus ist zu einer Karriere geworden, Personal steht bereit.

So ist man denn auch entschlossen, sich nicht wieder vom »deep state« – also von einer Beamtenschaft, die sich an Gesetze halten will, oder auch von Fachleuten und unabhängigen Richtern – die Pläne durchkreuzen zu lassen. Trump mag das auch hierzulande diskutierte, fast tausend Seiten starke Handbuch »Project 2025« nicht gelesen und sich auch offiziell von ihm distanziert haben. De facto zeichnet es genau die Logik vor, die andere Autokraten schon umgesetzt haben: Wer nicht loyal dem Präsidenten zuarbeitet, kann sofort gefeuert werden, alles verbrämt mit dem Argument, das Volk (das natürlich einzig von den Rechtspopulisten repräsentiert wird) solle endlich den Staat, der doch ihm gehöre, den Eliten entreißen.

Dass Trump sich jemals für die Feinmechanik von Regierungsarbeit interessieren wird, ist unwahrscheinlich. Ob er wirklich geistig rapide abbaut, wie viele Beobachter angesichts seiner zusehends inkohärenten Wahlkampfreden meinen, sei dahingestellt. Jegliches Vakuum kann nun aber auch von sich »postliberal« nennenden Intellektuellen gefüllt werden. Diese größtenteils katholischen Denker stehen dicht hinter J. D. Vance und haben ein klares Vorbild: Viktor Orbán. Insbesondere sind sie davon angetan, dass in Ungarn der Staat ungeniert eingesetzt wird, um die vermeintlich richtigen Moralvorstellungen durchzusetzen (statt, wie die Liberalen es angeblich tun, alle möglichen Lebensentwürfe zu tolerieren oder gar immer ausgefalleneren Minderheiteninteressen anzuerkennen). Bezeichnenderweise hat Vance in einem Interview zu Protokoll gegeben, Orbán sei der Einzige, der die Herrschaft der Linken an den Universitäten gebrochen habe, sein Vorgehen müsse Modell für die [USA](#) sein. Das Modell resultierte bekanntermaßen in massiven Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in Ungarn.

Ein Großteil der Institutionen hat versagt

Es gibt einen weiteren wichtigen Unterschied zu Trumps erster Amtszeit: Seinerzeit vertrauten viele Amerikaner auf »Normen« und »Institutionen«, die noch jeden rechtspopulistischen Hasardeur einhegen würden. 2024 müssen sie sich eingestehen: Ein Großteil dieser Institutionen hat versagt. In den USA kann man, anders als in [Deutschland](#), demokratiegefährdende Parteien nicht verbieten (ganz abgesehen davon, dass ein Zwei-Parteien-System, aus dem eine Partei verschwindet, auch nicht mehr sehr demokratisch aussieht). Aber die Verfassung erlaubt es, einen antidemokratischen Demagogen permanent aus dem politischen Spiel zu nehmen. Die Republikaner bekamen diese Möglichkeit Anfang 2021 auf dem Silbertablett serviert. Am Ende schlugen sich jedoch viele rechte Senatoren beim zweiten Amtsenthebungsverfahren wieder auf Trumps Seite (wohl auch unter dem Eindruck, die Bilder des 6. Januar seien mit jeglicher Weiterführung seiner politischen Karriere inkompatibel). Das Justizministerium wiederum ließ sich zu viel Zeit damit, Trump für seine Rolle bei dem Aufstand zur Rechenschaft zu ziehen. Und dann kam dem großen Polarisierungsunternehmer auch noch der inzwischen von Trumpisten dominierte Oberste Gerichtshof zu Hilfe: Er bewahrte Trump nicht nur vor Gerichtsverfahren im Vorfeld der Präsidentschaftswahl, sondern sicherte ihm auch gleich noch weitgehende Immunität für eine zweite Amtszeit zu. Die berühmten »Checks and Balances«? Vielleicht nicht viel mehr als eine antiquierte Lektion im amerikanischen Sozialkundeunterricht.

Nur: Sollte nicht eigentlich das Volk der letzte antiautokratische »Check« sein? Keine Sonntagsrede über die Weimarer Republik kommt ohne den politischen Kalenderspruch aus, dass es für eine Demokratie eben auch Demokraten brauche. »Das Volk« tritt aber nie geschlossen als Akteur auf die politische Bühne, sondern bildet sich seine Meinung in Form einer halbwegs funktionierenden Öffentlichkeit. Doch »die Öffentlichkeit« gibt es in den USA schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Inzwischen leben gut 30 Prozent der Amerikaner komplett in einer rechten Filterblase (die keine Entsprechung auf der Linken hat). In dieser politischen Parallelgesellschaft hat man nicht einmal mehr Kontakt mit konservativen, aber verlässlichen Medienerzeugnissen wie dem »Wall Street Journal«; Nachrichten vermitteln nicht Informationen, sondern dienen der politischen Selbstbestätigung sowie der Verstärkung des Gefühls, Opfer liberaler Eliten zu sein.

Die rechte Medienblase ist nicht nur ein Polarisierungstreiber. Sie ist auch enorm profitabel. Agitatoren, die den ganzen Tag im Talk Radio hetzen (Radio ist noch immer das Medium, mit dem Amerikaner viel Zeit verbringen), verdienen locker Millionen. Das Bewirtschaften von Ressentiments wird offenbar nie langweilig. Zudem verstehen es junge rechte – natürlich männliche – Influencer, deren sich Trump in seinem Wahlkampf bediente, inzwischen meisterhaft, Product-Placement, politische Slogans und das Versprechen eines Lebens als Endlosparty zu verquicken.

Unterdessen wurden Medienunternehmen, die weniger profitabel sind (weil nicht bei geringen Betriebskosten endlos geredet, sondern für teuer Geld aufwendig recherchiert wird), von Figuren übernommen, die man wohl kaum anders denn als Oligarchen bezeichnen kann: Amazon-Gründer [Jeff Bezos](#), Besitzer der »Washington Post«, sowie der Milliardär Patrick Soon-Shiong, Inhaber der »Los Angeles Times«, hatten immer wieder versichert, sie würden nie politischen Einfluss auf ihre Zeitungen nehmen. Nun hinderten beide ihre Redaktionen daran, eine Wahlempfehlung für Harris zu publizieren. Diese Form vorauseilenden Gehorsams gegenüber Trump sandte ein klares Signal: Noch die scheinbar mächtigsten Amerikaner müssen ihn fürchten. Wenn schon Milliardäre meinen, Mitlaufen sei alternativlos, was soll man da von allen anderen erwarten?

Wobei Trump sich offenbar auch in Abhängigkeiten begibt: Noch nie hat sich jemand so schamlos dem Silicon Valley angedient und so offen mit Korruption kokettiert: Wer für ihn ordentlich spende, so Trump, bekomme alles, was er wolle an Steuersenkungen und Deregulierung. [Elon Musk](#), Ikone der Populärkultur und von Trump bei seiner Siegesrede vergangenen Mittwoch als »neuer Star« gefeiert, wird sich seine Dienste im Wahlkampf zweifelsohne honorieren lassen, darüber hinaus seine Plattform X noch versierter als rechtsextreme Propagandamaschine einsetzen. Die »Project 2025«-Strategen sahen ohnehin vor, Wirtschafts- und Finanzaufsicht systematisch auszuhöhlen. Hemmungslose Deregulierung wird die amerikanischen Straßen unsicherer machen; Kryptobetrüger können sich die Hände reiben. Wir werden mehr Schadstoffe in der Nahrung zu uns nehmen und mindestens vier Jahre für den Klimaschutz verlieren.

Völlig enthemmte Rhetorik

Rechtspopulisten behaupten stets, nur sie würden das »wahre Volk« repräsentieren. Trump mag behaupten, nach seinem Sieg das Volk einen zu wollen – doch gehören eben nicht alle Bürgerinnen und Bürger zu dem, was Trump als »real people« bezeichnet. Wer nicht ins vom populistischen Führer imaginierte wahre Amerika passt, bleibt bestenfalls außen vor; wahrscheinlicher ist, dass er zur Jagd

freigegeben wird (es spielte überhaupt keine Rolle, dass die Haitianer, gegen die Trump und Vance hetzen, sich legal im Land aufhalten). Schon während Trumps erster Amtszeit stieg die Zahl der Gewalttaten gegenüber Minderheiten deutlich an. Die völlig enthemmte Rhetorik seines Wahlkampfs dieses Jahr wird auch nicht folgenlos bleiben. Diese unterscheidet ihn auch von europäischen Rechtspopulisten wie Marine Le Pen in Frankreich und Giorgia Meloni in Italien, die sich als betont bürgerlich präsentieren und zudem mit den Zwängen, die die EU ihren Mitgliedstaaten auferlegt, irgendwie umgehen müssen.

Lassen sich nun Lektionen für Europa und insbesondere Deutschland aus Trumps Comeback ziehen? Müssen vielleicht einige der Angebote der transatlantischen Demokratie-Verteidigungsindustrie, die seit 2016 verlässlich neue Traktate produziert, ad acta gelegt werden?

Rechtspopulisten reüssieren nicht ohne die Unterstützung konservativer Wirtschaftseliten. Diese entscheiden nicht allein, aber ganz wesentlich über das Schicksal von Demokratien. Wer mit solchen Eliten zu tun hat, sollte sie vielleicht ab und an daran erinnern.

Wenn es Instrumente zur Verteidigung der Demokratie gibt, sollte man diese auch nutzen, anstatt zu meinen, die Antidemokraten würden sich schon früher oder später selbst diskreditieren. Wie immer gilt: Timing ist entscheidend in der Politik. Wenn man wartet, bis sich politische Identitäten («Ich wähle immer rechts außen!») verfestigt und Bewegungen sich in der Alltagskultur etabliert haben, ist es wahrscheinlich zu spät. Wehrhafte Demokratie heißt nicht, dass das Reden über Themen, die Populisten mit Vorliebe bearbeiten, verboten wird. Aber besonders gefährliche, volksverhetzende Figuren sind aus dem politischen Spiel. Der Brasilianer [Jair Bolsonaro](#) musste einen Preis für sein Handeln zahlen (er darf bis 2030 nicht wieder als Kandidat antreten). Trump jedoch kann sich nun genüsslich seinem angekündigten politischen Rachefeldzug gegen »innere Feinde« widmen.

Es ist keine Form von Paternalismus oder des in Deutschland inzwischen so verpönten »Moralisierens«, darauf hinzuweisen, dass Menschen Opfer manipulierter Öffentlichkeiten werden können. In vielen Demokratien sind Amtsinhaber für Inflation abgestraft worden – das ist keine undemokratische Entscheidung. Aber man darf gleichzeitig kritisieren, dass ein Plutokrat wie Trump sich zum Tribun einer Arbeiterklasse aufschwingt, die gerade den gewerkschaftsfreundlichsten Präsidenten des vergangenen halben Jahrhunderts erlebt hat. Unter Biden haben sich die Demokraten von Markt- und Globalisierungsgläubigkeit ab- und einer aggressiven Industriepolitik zugewandt. Die Vorstellung, Rechtspopulismus sei schon besiegt, wenn man den Leuten endlich mal eine Alternative zum Neoliberalismus anbietet, ist offenbar zu simpel. So Trump seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen – Zölle statt Steuern – umsetzen kann, werden ärmere Schichten als Erste und am meisten leiden.

Autokraten in spe und ihre Vordenker können voneinander lernen – die neuen amerikanischen Postliberalen haben viel an geistigem Gepäck von ihren Pilgerschaften nach Budapest mitgebracht. Aber sie müssen sich auch auf unterschiedliche nationale Kontexte einstellen: Die USA sind nicht Ungarn. Letzteres ist ein stark zentralisiertes Land; waren Parlament und Verfassungsgericht und Teile der Wirtschaft erst einmal gekapert, hieß es Game over für die Demokratie. Die USA sind eine riesige, komplizierte Welt für sich. »Checks and Balances« mögen auf der Bundesebene längst nicht mehr so funktionieren wie von den Gründervätern erhofft. Aber die schiere Machtverteilung in einem föderalen System macht es für Autokraten in spe schwierig, einfach durchzuregieren. Es mag manche wundern,

dass in der Ewigkeitsklausel unseres Grundgesetzes neben Demokratie und Grundrechten auch der Föderalismus als schlicht nicht änderbar deklariert wird. Wäre denn wirklich viel verloren, wenn Bundesländer weniger eigenständig oder gar nur noch zur Folklorepflege da wären? Wahrscheinlich ja, denn Dezentralisierung könnte sich – das wird die Entwicklung in den USA nun zeigen – als einer der letzten Rettungsanker der Demokratie erweisen.